

„Wandel durch Annäherung“ – Grundlagenvertrag



— Abb.: Mit dem Sprechchor „Willy Brandt ans Fenster!“ baten am Vormittag des 19. März 1970 tausende DDR-Bürger[☺] den Kanzler, sich zu zeigen. Als er ans Fenster trat, jubelten ihm die Erfurter[☺] auf dem Bahnhofsvorplatz zu. Zuvor hatte die Menge trotz Polizeisperrungen den Platz gestürmt.

„Gutnachbarliche Beziehungen“

Über 20 Jahre hatten sich die beiden deutschen Staaten nur gegenseitig beharrt – jetzt, am 21. Dezember 1972, schlossen sie einen Vertrag miteinander: „Normale gutnachbarliche Beziehungen“ wollten sie entwickeln, „auf der Grundlage der Gleichberechtigung“. Wie war so etwas möglich?

Der weltpolitische Wind hatte sich gedreht. USA und UdSSR hatten erkannt: Sie besaßen mittlerweile nahezu gleich viele Atomwaffen. Entwickelte sich aus dem „Kalten Krieg“ ein Atomkrieg, dann risse der beide in den Abgrund. Deshalb seien Gespräche wichtiger als Schaukämpfe, Gespräche über Rüstungsbegrenzung und überhaupt über alles, was der Entspannung dient. Dazu gehörte für die Sowjetunion, dass nicht infrage gestellt werden dürfte, was sie in Europa seit 1945 für sich erreicht hatte. Ihre Forderung deshalb: Anerkennung der Lage in Europa, so wie sie ist, einschließlich aller bestehenden Grenzen.

Willy Brandt (SPD), seit 1969 deutscher Bundeskanzler, bekannte sich zu dieser Entspannungspolitik. Für ihn hatte sie noch ein speziell deutsches Ziel: Sie sollte die Lage in Deutschland trotz der Teilung für die Menschen erträglicher machen. Aus dem Gegeneinander der beiden deutschen Staaten sollte mit einer „Politik der kleinen Schritte“ ein Miteinander werden. Endziel: Überwindung der Teilung. „Wandel durch Annäherung“ lautete die Parole dieser „neuen Ostpolitik“.

Ihr entsprach als erster der „Moskauer Vertrag“ mit der Sowjetunion (12.8.1970), dann der „Warschauer Vertrag“ mit Polen (7.12.1970). In ihnen bekennen sich die beteiligten Staaten zu gegenseitigem Gewaltverzicht und bestätigen die gegenwärtigen Grenzen in Europa, „einschließlich der Oder-Neiße-Linie [...] und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“. Sie seien „unverletzlich“.

Zur Erinnerung: Auf der Potsdamer Konferenz wurden 1945 die östlich von Oder und Neiße gelegenen deutschen Gebiete vom übrigen Deutschland abgetrennt und – hauptsächlich – an Polen übergeben. Allerdings nur zur „Verwaltung“, endgültig sollte ein Friedensvertrag entscheiden. Auf diese Vorläufigkeit hatten sich über Jahrzehnte die Politiker[☺] aller Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten[☺]) in der Bundesrepublik Deutschland berufen. Damit hielten sie bei Millionen Vertriebenen die Hoffnung auf eine Rückkehr in die verlorene Heimat wach. Nun gab die Bundesrepublik Deutschland diese Position auf. Innenpolitisch führte der Kurswechsel zu schweren Erschütterungen, Brandt verlor seine Mehrheit im Bundestag. Doch in Neuwahlen bestätigten die Westdeutschen 1972 seinen Kurs. Bereits 1971 hatte er für seine neue Ostpolitik den Friedensnobelpreis erhalten.

Parallel zu den Verhandlungen in Moskau und Warschau hatte ein innerdeutscher Dialog begonnen. Die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten trafen sich erstmals in Erfurt und Kassel (März/Mai 1970), Verkehrs- und Postabkommen folgten, als Krönung dann der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“. Beigefügt hatte ihm die Bundesregierung – wie schon dem Moskauer und Warschauer Vertrag – einen „Brief zur deutschen Einheit“. Darin bekräftigte sie ihr politisches Ziel: Ein Zustand des Friedens in Europa, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Bis dahin sollte die neue Ostpolitik die „Einheit der Nation“ bewahren helfen.

1 Einschätzung der Interessenlagen

- ➡ 1. Der Bundesrepublik war wichtig, in den Verträgen durchzusetzen, dass die europäischen Grenzen „unverletzlich“ seien, nicht „unveränderbar“, wie es die Sowjetunion anfangs wünschte. Wo liegt der Unterschied?
- ➡ 2. Bei Brandts Besuch in Erfurt 1970 jubelte ihm spontan eine Menschenmenge vor seinem Hotel zu (siehe Foto oben). Brandt war bewegt, die DDR-Oberen beunruhigt. Könntest du dir vorstellen, warum?
- ➡ 3. DDR-Außenminister Winzer bezeichnete Brandts neue Ostpolitik als „Aggression auf Filzlätschen“. Wovor hatte er Angst? War sie berechtigt?



„Wandel durch Annäherung“ – Zielkonflikte

Im Grundlagenvertrag wollte jede Seite so viel wie möglich von dem unterbringen, was ihr das Wichtigste war. Und da gab es große Unterschiede zwischen den neuen Partnern.

Für die Bundesrepublik Deutschland stand im Vordergrund, „praktische und humanitäre Fragen zu regeln“, „die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes [...] zu entwickeln und zu fördern“ (Art. 7).

Der DDR war etwas anderes besonders wichtig: „Gleichberechtigung“ (Art. 1) der beiden deutschen Staaten, Respektierung der „Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten“ (Art. 6). Denn damit öffnete sich für sie der lange ersehnte Zutritt auf das internationale Parkett.

Die DDR war bisher außerhalb des sowjetischen Machtbereichs weitgehend völkerrechtlich isoliert, die Bundesrepublik hatte dazu kräftig beigetragen. Damit war jetzt Schluss – und die Staaten standen Schlange, um mit der DDR Botschafter auszutauschen. 1973 wurde die DDR zusammen mit der Bundesrepublik Mitglied der Vereinten Nationen. Auf internationalen Konferenzen saßen sie nun nebeneinander. Dafür schluckte die DDR auch, dass die Bundesrepublik Deutschland keinen Botschafter, sondern nur einen „Ständigen Vertreter“ nach Ost-Berlin schickte, weil sie die DDR weiterhin nicht als Ausland ansah.

Um ihre Eigenständigkeit zu betonen, hatte die DDR schon 1959 ihrer Schwarz-Rot-Goldenen Fahne das DDR-Staatswappen hinzugefügt, jetzt wurden auch alle Formulierungen aus der Verfassung gestrichen, die an den Fortbestand einer einheitlichen deutschen Nation erinnern könnten. Die Hymne mit der Zeile „Deutschland, einig Vaterland“ wurde nicht mehr gesungen, eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft wurde proklamiert. Die evangelischen Kirchen waren schon 1969 genötigt worden, die gesamtdeutsche Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) zu verlassen und einen eigenen „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ zu gründen.

Zur verstärkten Abgrenzung gehörte auch die Perfektionierung der DDR-Grenzanlagen. Sie wurden zu Meisterwerken deutscher Gründlichkeit. Durch das dichtbebaute Berlin wurde eine regelrechte Schneise gesprengt, um all die Sperren unterzubringen, die man sich ausgedacht hatte. Gleicher Ausbau vollzog sich an der innerdeutschen Grenze. Hier wurde zusätzlich zu Minen noch eine besonders scheußliche Waffe gegen Flüchtlinge installiert: die Selbstschussanlage SM 70.

Unkontrollierte Kontakte zu den Nachbarn im Westen sollten DDR-Bürger jetzt am besten gar nicht mehr unterhalten. Auf Arbeitsstellen mussten Fragebögen ausgefüllt werden, ob man

„Westkontakte“ hatte. Gab es Verwandte oder Freunde, die im Westen wohnten, Briefe schrieben, Päckchen schickten, zu Besuch kamen? Alles sollte offenbart werden und konnte zu Drohungen führen: Entweder Abbruch der Westkontakte oder Rausschmiss. War das alles „gutnachbarlich“?

Die Abschottungsmaßnahmen kollidierten mit zusätzlichen Kontakten, die die DDR laut Vertrag nicht unterbinden konnte, zum Teil auch nicht wollte, weil sie ihr Nutzen brachten. Auf den in Art. 7 (s. o.) genannten Feldern kam es zu einer Fülle von Vereinbarungen praktischer Art, die wesentliche Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland bedeuteten. Durften zum Beispiel anfangs nur Rentner ab 65 zu Verwandtenbesuchen in den Westen fahren, so wurde dies später in bestimmten Fällen auch Jüngeren erlaubt. Einreisegenehmigungen in die DDR wurden vereinfacht und für grenznahe Orte ein „kleiner Grenzverkehr“ von West nach Ost ermöglicht.

Vermehrte Kontakte waren für die DDR-Führung nicht ungefährlich. So sorgte zum Beispiel die sozialistische Planwirtschaft regelmäßig für Mangelsituationen, die schönfärberisch „Versorgungsengpässe“ hießen. Berichteten nun Westreisende nach ihrer Rückkehr von der kapitalistischen Überflusgesellschaft, dann wurde die offizielle Propaganda unglaubwürdig. Denn danach lag doch der Kapitalismus im Sterben, während dem Sozialismus die Zukunft gehören sollte.

2 DDR-Forschungsaufgaben

➔ 1. Nutze deine Großeltern als Zeitzeugen und berichte deiner Klasse: Was erzählen sie über Kontakte zu Verwandten und Freunden im anderen Teil Deutschlands während der Teilung (Briefe, Päckchen, Telefonate, Besuche), über DDR-Grenzkontrollen bei Ein- und Ausreise, über das, was ihnen im anderen Staat besonders aufgefallen ist? Hatte deine Heimatstadt/Schule/Kirchengemeinde eine Patenschaft im Nachbarstaat? Seit wann? Wie funktionierte das? Hat die Verbindung die Wende überdauert?

➔ 2. Die Umweltschutzorganisation BUND betreut das Projekt „Das Grüne Band Deutschland“. Stelle im Internet fest, was das mit der ehemaligen Grenze durch Deutschland zu tun hat und ob vielleicht ein Ausflug deiner Klasse zum „Grünen Band“ möglich wäre.

➔ 3. Was verspottet dieser DDR-Witz?

Oma kommt vom Verwandtenbesuch in Westdeutschland zurück. Ihr Enkel, strammer FDJler*, fragt sie: „Oma, du hast nun den sterbenden Kapitalismus gesehen. Was sagst du?“ „Ein schöner Tod, mein Kind, ein sehr schöner Tod!“

* FDJ = Freie Deutsche Jugend. Das war die verbindliche Jugendorganisation der DDR.